Sachsen kürzt.

Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf das Gemeinwesen.

Impressum

Hanka Kliese, Sabine Sieble, Peggy Szymenderski (Hrsg.)
über Arbeitsgruppe Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Chemnitz

SPD Regionalgeschäftsstelle Süd-West-Sachsen
Dresdner Straße 38
09130 Chemnitz

Telefon: 0371- 4028-772
E-Mail: info@spd-chemnitz.de

Umschlaggestaltung: splinelab Atelier für Gestaltung

Sachsen kürzt

Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf das Gemeinwesen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeberinnen 2

Kinder- und Jugendarbeit
Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit – einige Trends 4
Bildungs- und Freizeitangebote für alle Kinder und Jugendliche?
(„die verreiser“) 6
Naunhofer Erklärung des Kinder-und Jugendring Sachsen e.V.
(Kinder- und Jugendring Sachsen) 9

Soziokultur
Sachsen kürzt – wir halten durch: noch
(Kraftwerk e.V.) 10

Frauen- und Gleichstellungsarbeit
Gleichstellung sichern
(LILA VILLA) 12

Selbsthilfe
Selbsthilfe hilft jedem
(KISS) 15

Ehrenamt
Konsequenzen der Kürzungen für freiwilliges Engagement
(Bürgerstiftung für Chemnitz) 17

Suchtkrankenhilfe
Helfen oder hassen?
(VIP e.V.) 20

Beratung für Inhaftierte und Haftentlassene
Nicht mit der Tradition des Wohlfahrtsstaates brechen
(AWO) 22

Vorwort der Herausgeberinnen

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab Sommer 2008 brachen die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder ein. Die negative Entwicklung in der Wirtschaft des vergangenen Jahres hat große Auswirkungen auf die Haushaltskassen von Bund, Ländern und Kommunen. Damit kann auch der Freistaat Sachsen weniger Geld verteilen.

Da die Sächsische Staatsregierung keine neuen Schulden machen will und darüber hinaus noch zu den wenigen Bundesländern gehört, die in diesen Zeiten Schulden tilgen, muss sie an anderer Stelle sparen. Deshalb hat sie drastische Einschnitte in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales vorgenommen. Ein Antrag der Landtagsfraktionen SPD und DIE LINKE, mit dem die Mittelkürzungen verhindert werden sollten, wurde in namentlicher Abstimmung auch von den Chemnitzer Abgeordneten der Regierungsfraktionen abgelehnt. Somit ist der Weg frei für fundamentale Einschnitte im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, Suchtkrankenhilfe, des FSJ, der Behindertenhilfe, der Selbsthilfe und beim Ehrenamt sowie bei der Gleichstellungsarbeit. Letztere muss Kürzungen von 80% des Gesamtetats hinnehmen, wobei hier kaum noch von Kürzung, sondern von einer kompletten Streichung zahlreicher Projekte die Rede sein muss. Weitere gravierende Einschnitte für die Folgejahre sind bereits angekündigt. Mit Beschluss des Doppelhaushaltes 2011/2012 wird sich die Situation derer, die im sozialen Bereich tätig sind, noch weiter verschärfen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Finanzlage in den Kommunen sich immer weiter verschlechtert. Sie haben einerseits Steuermindereinnahmen im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu verkraften, und die Steuerrechtsänderungen schwächen in erheblichem Ausmaß die kommunale Einnahmebasis. Andererseits wachsen die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen enorm. Kommunale Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich somit zunehmend auseinander.

Wir sind der Überzeugung, dass Kürzen allein keine zukunftsorientierte Politik ist. Natürlich wissen wir auch vor dem Hintergrund unserer politischen Mandate und Aktivitäten, dass man ohne Einsparungen in finanziell schwierigen Zeiten keine verantwortungsvolle Politik betreiben kann. Projekte, die seit vielen Jahren Förderungen erfahren, dürfen natürlich, auch in ihrem eigenen Interesse, auf den Prüfstand gestellt werden. Doch genau bei einer solchen Überprüfung haben wir vielerorts festgestellt, wie verantwortungsbewusst mit Geldern in Vereinen und Verbänden umgegangen wird und wie wichtig die Arbeit vieler Projekte im Sozial-, Jugend- und Gleichstellungsbereich für eine Region sein kann. Einsparungen vorzunehmen, ohne die Auswirkungen dieser Einschnitte für die konkrete Arbeit vor Ort im Blick zu haben und damit einhergehende soziale Unausgewogenheiten einfach so hinzunehmen, halten wir für wenig weitsichtig.

Daher ist es unser Anliegen, Denkanstöße zu geben und zum maßvollen Sparen anzuregen. Es gilt die Einsparpotenziale genauestens auszuloten und in ihren Konsequenzen zu Ende zu denken. Die vorhandene Infrastruktur darf nicht verfallen. Wichtige Vorhaben, wie eine verbesserte Kinderbetreuung, Bildung und Integrationsförderung, müssen weiter voran getrieben werden.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung ist immer noch evident, dass die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Ostdeutschland besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Die geplanten Kürzungen werden nicht zuletzt jene treffen, die sich für ein solches, in der Politik oft eingefordertes Engagement für die Gesellschaft entschieden haben. Die Bereiche, in denen weniger Geld zur Verfügung gestellt werden soll, sind vor allem jene, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Eines muss den Verantwortlichen klar sein: Hier wird kein Luxus abgebaut, sondern an der Substanz eines sozialen Gefüges gerührt! Ob Jugendclubs, Selbsthilfegruppen oder soziokulturelle Zentren; wichtige Einrichtungen werden in ihrer Arbeitsfähigkeit gelähmt oder gar gänzlich von unserer Landkarte verschwinden – und das unwiederbringlich.

Wir möchten mit dieser Broschüre deshalb darüber informieren, welche Folgen die Kürzungen für die konkrete Arbeit in den unterschiedlichsten Bereichen sozialen Engagements vor Ort haben. Dies ist besonders wichtig mit Blick auf den Entwurf des Doppelhaushaltes 2011/2012, der Ende des Jahres beschlossen werden soll. Vielleicht gelingt es uns dadurch, den einen oder anderen Verantwortlichen der Regierungsfraktionen zum Nachdenken anzuregen und auf die Folgen der Einsparungen für wichtige Projekte bei der Jugend- und Behindertenarbeit, Suchtkrankenhilfe, gleichstellungspolitischen Arbeit und vielen anderen Bereichen aufmerksam zu machen. Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns in so kurzer Zeit interessante und aufschlussreiche Berichte aus ihrer Arbeit zur Verfügung gestellt haben. Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Institutionen bitten wir um Verständnis, dass in dieser Darstellung nicht alle von Kürzungen betroffene Bereiche vollständig abgebildet werden konnten. Ganz besonders danken wir Anja Poller von der Bürgerstiftung für Chemnitz für ihre tatkräftige und fachkundige Unterstützung sowie dem SPD-Unterbezirk Chemnitz, Dr. Heidi Becherer, Henning Homann, Eric Pertermann und Frank Thieme für die finanzielle Unterstützung.

Mit der Broschüre wollen wir Zeugnis darüber ablegen, dass die finanziellen Einschnitte von uns als politische Akteurinnen sowie den Betroffenen nicht einfach so hingenommen werden.

Chemnitz, im November 2010
Hanka Kliese, Sabine Sieble, Peggy Szymenderski

Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit – einige Trends

Im Frühjahr 2010 führte das *Corax Magazin für Kinder- und Jugendarbeit* unter 57 Einrichtungen und Projekten in Sachsen eine Umfrage zum Thema „Kürzungen in der Jugendhilfe“ durch. Erfragt wurden die aktuell spürbaren Auswirkungen der Einsparungen im sozialen Bereich sowie die Befürchtungen der Organisationen bezüglich des kommenden Doppelhaushaltes. Hier stellen wir die wesentlichen Ergebnisse vor.

61,7% der Befragten gaben an, die finanziellen Einschnitte im eigenen Arbeitsfeld „deutlich zu spüren“; für ein Drittel (33,9%) sind diese „teilweise spürbar“. Lediglich eine Minderheit (5,4%) stellten keine aktuellen Auswirkungen auf ihre Einrichtungen und Projekte fest.

In Reaktion auf die Kürzungen sehen sich die Organisationen zu folgenden Maßnahmen gezwungen:

- Mehraufwand beziehungsweise neue (externe) Angebote zur zusätzlichen Mittelerwirtschaftung (57,9%)
- Streichung von Angeboten und Projekten (52,6%)
- Einschränkung der Arbeitszeiten der Mitarbeiter/-innen (45,6%)
- Erhöhung von Teilnahmebeiträgen (38,6%)
- Einschränkung der Öffnungszeiten (29,8%)

Die Befragung ergab, dass neben dem Dachverband vor allem die jeweilige Kommune finanzielle Unterstützung für die Organisationen leisten. Auch wenn die Akquise von alternativen Fördermitteln als eine Möglichkeit gesehen wird, fehlende Gelder auszugleichen, gaben dennoch 64,9% der Befragten an, keinerlei finanzielle oder andere Unterstützung zu erhalten.

Durch die finanziell angespannte Lage wird ein Großteil der Arbeit schon heute durch ehrenamtlich Tätige sowie durch Ableisten von Überstunden abgedeckt, wobei dabei nicht vergessen werden darf: die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen hat sich keinesfalls verringert.

Wie die Befragungsergebnisse zeigen, wissen die Kinder und Jugendlichen als Adressaten und Adressatinnen der Angebote um die Situation in den Einrichtungen und nehmen diese als gegeben hin. Dennoch darf davon ausgegangen werden, dass bei einer weiteren Erhöhung der Teilnahmebeiträge die Angebote in Zukunft nur noch wenigen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein werden. Erfreulich ist, dass sich fast die Hälfte (49,1%) der jungen Menschen in Form von Protestaktionen und Demonstrationen gegen die Kürzungen engagiert.

Auf die Frage, welche Auswirkungen die oben genannten Maßnahmen für die eigene Arbeit haben, gab die Mehrzahl der befragten Einrichtungen sowohl qualitative (78,9%) als auch quantitative (94,7%) Einschränkungen der inhaltlichen Arbeit an. An dieser Stelle wird der Personalabbau als eine wesentliche Folge genannt. Darüber hinaus existieren Ängste vor einer Handlungsunfähigkeit aufgrund fehlender Sachkosten. Beide Aspekte nähren die Angst vor dem Ausbleiben der Kinder und Jugendlichen sowie vor einem Ansehensverlust in der Öffentlichkeit und letztlich einer Verdrängung durch andere (kommerzielle) Anbieter.

Hinsichtlich der individuellen Konsequenzen auf die Zielgruppe nannte eine überwältigende Mehrheit Folgendes:

- Zunahme von Spannungen und Problemen im Sozialraum (80,4%)
- Fehlende Unterstützung in Problemlagen und Krisensituationen (76,8%)
- Verlust gewohnter (niedrigschwelliger) Freizeitangebote (73,2%)

Weitere individuelle Auswirkungen für die Kinder und Jugendlichen sind der Verlust wichtiger Bezugspersonen sowie die Reduzierung sozialer Kontakte, hier vor allem mit Gleichaltrigen und Gleichgesinnten.

Abschließend gingen fast alle Befragten (94,6%) davon aus, dass es zu weiteren deutlich spürbaren finanziellen Einschnitten kommen wird, wobei diese sich in einer weiteren Angebotsreduzierung niederschlagen werden. Lediglich 5,4% der Befragten rechnen mit geringfügigen Einschränkungen im Folgejahr.

Bildungs- und Freizeitangebote für alle Kinder und Jugendliche?

Die KINDERVEREINIGUNG Chemnitz e.V. betreibt sein Ferienprojekt (heute: "die verreiser") seit 1993. Mehr als 24.000 Kinder und Jugendliche haben inzwischen an einer Kinder- und Jugenderholungsmaßnahme der „verreiser“ teilgenommen. Sie wurden dabei von weit über 3.000 ehrenamtlichen Jugendgruppenleiterinnen und -leitern betreut.

Gesetzliche Grundlage für die Arbeit des Ferienprojektes bildet das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), § 11 (Absatz 1 sowie Absatz 3, Ziffern 1, 4 und 5) in Verbindung mit dem § 14. Inhaltlich wird die Arbeit nach den Fachstandards für Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen entsprechend des Chemnitzer Teilfachplanes Jugendhilfe/Jugendarbeit, vor allem aber nach den eigens für „die verreiser“ entwickelten Qualitätskriterien des Projektes bestimmt.

Der Verein ermöglicht Erholung vom Großstadtleben und den damit verbundenen Dauerbelastungen wie Alltagsstress, schulische Verpflichtungen, Lärm, Luftverunreinigungen, mangelnde Mobilität (auch über die Grenzen des Stadtteiles hinaus), Bewegungsarmut und von gegebenenfalls wenig förderlichen Rollenzwängen in Familie und Cliquen.

Das Ferienprojekt ist ein für die Stadt Chemnitz attraktives Projekt mit einer ansprechenden Qualitäts- und Öffentlichkeitsarbeit und mit einer letztlich pädagogisch wertvollen Dienstleistung, die erwerbstätige Eltern vor dem Hintergrund einer abzusichernden Betreuung während der Ferienzeit ebenso zu schätzen wissen wie nicht erwerbstätige Eltern, deren Kinder an dieser Leistung partizipieren können. Gerade während der Ferien entstehen zusätzliche Betreuungsbedarfe in den Familien und dies besonders bei allein erziehenden Eltern. Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen sind bestens geeignet, diesen Bedarf qualifiziert zu decken. Die Möglichkeit, sein Kind während der Ferien auf eine zuverlässig betreute Reise schicken zu können, ist darüber hinaus ein nicht zu verachtender Standortfaktor für die hiesige Wirtschaft, weshalb auch Unternehmen die Angebote schätzen.

Gerade der Aspekt der zeitweiligen Trennung von Eltern und Kindern trägt nicht selten zur Entspannung kritischer Situationen, neuem Verständnis füreinander und Freude aufeinander bei. Auf Reisen findet man immer auch ein Stück zu sich selbst. Dies ist wichtig für jeden weiteren Umgang und die Begegnung mit den Bezugspersonen aus dem nahen Umfeld.

Das Ferienprojekt "die verreiser" ist das einzige in Sachsen geförderte (und existierende) Projekt, welches explizit Kinder- und Jugendreisen anbietet. Im Mittelpunkt steht dabei die pädagogische Arbeit, welche mit annehm-

baren und gesetzlich vorgeschriebenen Reiseleistungen verbunden werden muss.

Mit dem Angebot der "verreiser" und anderer freier Träger der Jugendhilfe werden Maßnahmen und Projekte gefördert, die kritisch zu bewertenden, jugendgefährdenden und zweifelhaften Angeboten gegenüberstehen. Die Eltern und Teilnehmer/-innen erwarten jedoch attraktive Reiseangebote in einem angemessenen Preis-Leistungsverhältnis. Eltern achten zunehmend auf erzieherische Belange und Ziele bei einer zuverlässigen Betreuung. Die Kinder und Jugendlichen erwarten Zuwendung und Unterstützung durch ihre Betreuer/-innen und natürlich ein Höchstmaß an Spaß, Entspannung und Abenteuer neben der Förderung durchaus recht unterschiedlicher persönlicher oder persönlichkeitsfördernder Interessen.

Dabei kämpft das Projekt, wie so viele andere auch, mit seit Jahren rückläufigen pauschalen Förderzuwendungen des Landes. Ende der 1990er Jahre schon hat der Freistaat Sachsen die Förderung von Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen eingestellt. Auch die kurzzeitig an diese Stelle getretene Orientierung auf eine einkommensabhängige Unterstützung der Eltern beziehungsweise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde sehr bald den Kommunen und Landkreisen allein überlassen.

Zuletzt blieb noch die finanzielle Unterstützung der Bildungsveranstaltungen des Landesverbandes der KINDERVEREINIGUNG Sachsen e.V. für die Jugendleiterinnen und Jugendleiter, an denen „die verreiser“ partizipieren, sowie der Anteil der sächsischen Jugendpauschale an der kommunalen Förderung des Projektes durch die Stadt Chemnitz.

Durch die Reduzierung der Landespauschale und der Bildungsförderung musste das Projekt somit weitere Kürzungen von ca. 5.000 bis 6.000 Euro im Jahr hinnehmen. Dies hatte den Wegfall von zusätzlichen Schulungen über das geforderte Mindestmaß zum Erwerb der sogenannten Jugendleitercard hinaus zur Folge. Dabei handelt es sich um Schulungen, die spezifische Kompetenzen der Betreuerinnen und Betreuer entwickeln helfen sollen, etwa die Befähigung zum Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen, bestimmte Anforderungsprofile zu themenspezifischen oder erlebnispädagogisch orientierten Freizeiten und so weiter.

Dabei verstehen „die verreiser“ sowohl die vorbereitenden Bildungsgänge als auch die eigentliche Betreuungsarbeit im Ferienlager als eine weit über die eigentliche Projekttätigkeit hinausgehende Herausforderung und Entwicklungschance für eben diese Zielgruppe. Nicht etwa nur zum Selbstzweck des Projektes, sondern gerade als Schuldigkeit gegenüber Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren oder bei denen es gelingt, eben jenes Interesse zu wecken.

Diese jungen Menschen brauchen vor allem deshalb ausgewogene Bildungsangebote, damit freiwilliges Engagement nicht ein Betätigungsfeld für eine besser gestellte Elite wird. Ziel ist es, vornehmlich junge Erwachsene für soziales und ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, zu begeistern, zu befähigen und darüber hinaus deren eigene Persönlichkeitsentwicklung zu fördern.

Ein Verzicht auf Maßnahmen der Aus- und Fortbildung von Jugendleiterinnen und Jugendleitern hätte auf Dauer katastrophale Folgen für die Qualität und Durchführbarkeit der Angebote. Demzufolge müssen die ausgefallenen Mittel einmal mehr auf die Teilnahmebeiträge der Eltern umgelegt werden. 2010 erhöhte sich nicht zuletzt deshalb der Teilnahmebeitrag um durchschnittlich 1,53 € je Übernachtung gegenüber dem Vorjahr. Die Eltern weichen demzufolge immer mehr auf die preiswerteren, also kürzeren Freizeiten aus. So dauerte 2010 eine Reise durchschnittlich nur noch 6,4 Übernachtungen (2009: 6,8 Übernachtungen, 2004: 9,0 Übernachtungen).

Aus den permanenten Kürzungen durch den Freistaat und die Kommunen ergibt sich eine stetige Verkürzung der Maßnahmedauer, mit Wirkung auf den Erholungseffekt für die Kinder und Jugendlichen und den Erfolg der pädagogischen Arbeit.

Eigentlich sollte 2010 das Jahr werden, in dem in Sachsen eine Wiederaufnahme der pauschalen Maßnahmeförderung in die Diskussion gebracht werden sollte...

die verreiser

„die verreiser“
Jan Koch, Projektleiter
www.die-verreiser.de

Naunhofer Erklärung des Kinder-und Jugendring Sachsen e.V.

Der KJRS ist seit 20 Jahren Arbeitsgemeinschaft und Interessenvertreter für sächsische Jugendverbände, kommunale Jugendringe Sachsens und für Fachorganisationen im Bereich der Jugendarbeit. Die im Folgenden abgedruckte Erklärung wurde im Januar 2010 von den Mitgliedern des KJRS während des Mitglieder-Workshops in Naunhof erarbeitet. Sie richtet sich an jugendpolitisch verantwortliche Politiker/-innen und Verwaltungsbehörden auf allen föderalen Ebenen Sachsens und formuliert Minimalbedingungen für eine Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie sowie die Gestaltung einer Reform der Jugendarbeit in Sachsen:

1. Jugendringe aller föderalen Ebenen müssen als kompetente Partner frühzeitig an den Entscheidungsprozessen beteiligt sein. Besonders im Fall von Umstrukturierungen in der sächsischen Jugendhilfelandschaft muss echte demokratische Willensbildung innerhalb der beteiligten Organisationen und in den Jugendhilfeausschüssen gewährleistet sein.

2. Die Jugendhilfeplanung muss ein verbindliches, ernstzunehmendes und evaluierbares Steuerungsinstrument für alle Beteiligten – von öffentlicher und freier Seite – sein. Dies setzt eine regelmäßige Berichterstattung des öffentlichen Trägers gegenüber dem Jugendhilfeausschuss voraus. Freie Träger müssen innerhalb des Planungszeitraums regelmäßig über Abweichungen, deren Gründe und Handlungsperspektiven informiert werden.

3. Lebensweltorientierung in der Jugendarbeit setzt bei der zunehmenden Differenzierung der Lebensentwürfe, aber auch der steigenden Anforderungen an junge Menschen eine große Trägervielfalt und damit eine bedarfsgerechte und belastbare Jugendhilfestruktur voraus. Die vorwiegend durch freie Träger erbrachte, qualitativ hochwertige Jugendarbeit braucht daher Planungssicherheit. Diese muss durch eine einzig und allein an klar definierte, transparente fachliche Kriterien gebundene öffentliche Förderung gewährleistet sein.

4. Die demografische Entwicklung in den ländlichen Räumen Sachsens stellt sich derzeit besonders dramatisch dar. Ihr muss besondere Aufmerksamkeit gelten, um die gesellschaftliche Teilhabe der dort lebenden Jugendlichen sicherzustellen. Eine nur darauf reagierende Förderpolitik verschärft diese Situation. Eine vorausschauend agierende Jugendpolitik schafft förderliche Rahmenbedingungen, dank derer die Jugendarbeit kreative und innovative Konzepte entwickeln und umsetzen kann.

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.
http://www.kjrs-online.de

Sachsen kürzt – wir halten durch: noch

Kraftwerk e.V. wird als Verein zwar erst 17 Jahre alt, hatte aber in dieser recht kurzen Zeit ein abwechslungsreiches Vereinsleben. 1998 übernahmen wir zur Betreibung das Haus Einheit an der Zwickauer Straße und nach nur fünf Jahren, 2003 das Haus „spektrum“ an der Kaßbergstraße 36. Initiatorin war damals die Kultur- und jetzige Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig. Natürlich wurde damit gespart, aber das konnte noch gemeistert werden. In die damalige Kinder- und Jugendeinrichtung hielt auch die Soziokultur Einzug. Die Angebote wurden so vielfältiger, die Auslastung höher und beide inhaltliche Bereiche sind symbiotisch verbunden. Hinzu kommt, dass unser Verein in großer Offenheit die Räume auch anderen Vereinen, Gruppen und Initiativen zu niedrigen Preisen oder kostenfrei zur Verfügung stellt. „Bieten Räume und Freiräume“ lautet unser Motto. Wir sind für die Chemnitzerinnen und Chemnitzer, für unsere Gäste aus dem In- und Ausland da und halten attraktive Freizeitangebote bereit, haben aber auch stets Eigeninitiativen und Ideen befördert.

Das Haus, besser unser Gebäudekomplex, stand bisher an 363 Tagen im Jahr seinen Nutzern offen. Dazu gehören alle Generationen und insgesamt knapp 100.000 Menschen, die in unserem Haus die vielfältigen Angebote in sehr vielen Genres nutzen. Hinzu kommen noch alle Nutzer unserer Außenaktivitäten, wie dem Stadtparkfest oder dem Kinderfest auf der Küchwaldwiese. Mit jährlich ca. 3.000 eigenen kleinen und größeren Veranstaltungen und Projekten sowie ca. 1.500 Vermietungen und kostenfreien Raumüberlassungen leisten wir eine recht umfangreiche Arbeit.

Finanzielle Reserven oder Ressourcen sind nicht mehr vorhanden. Sparen können wir also nicht, denn das würde bedeuten, dass wir irgendwo von irgendetwas noch zu viel hätten. Das ist nicht so, denn seit 2004 wurden bereits mehr als 144.000 € eingespart. Nun ist der Boden erreicht, der Topf leer, um einfach hinein zu greifen und noch etwas herausholen zu können. Zudem ist das Kraftwerk zumeist gleich doppelt betroffen: seitens des Bereiches der Kinder- und Jugendarbeit und der Kultur.

So haben wir bereits im laufenden Jahr die Nachwuchsförderung und Kleinkunst gestrichen. Ab 2011 müssen wir zwei Schließtage in unserem Jugendklub einführen, da eine Personalstelle entfällt und die Sachkosten auf Grund der Kürzung der Jugendpauschale geringer werden. Bisher hat unser Jugendklub sieben Tage in der Woche geöffnet. Er ist gut besucht, und besonders an den Wochenenden kommen die Kinder und Jugendlichen aus ganz Chemnitz. Das tut mir besonders weh. Auch über Schließtage des gesamten Hauses habe ich mir bereits Gedanken machen müssen. Denn noch weiß niemand, was mit der personellen Besetzung gerade im soziokulturellen Bereich wird, wenn die Kommunal-Kombistellen auslau-

fen. Das ist bei uns bereits im Juli 2011 der Fall. Die gleiche Problematik stellte sich im Kraftwerk bereits 2009. Deshalb waren wir der erste Verein in Chemnitz, in dem die Arbeit über diese Stellen aufgenommen wurde. Gerade in der Soziokultur sind wir auf die Instrumente des 2. oder gar 3. Arbeitsmarktes angewiesen, eine Lösung ist bisher aber nicht in Sicht. Wie weiter also – mit weniger Geld und weniger Personal? Gegenwärtig steht noch nichts definitiv fest. Wenn Entscheidungen getroffen und damit Zahlen gegeben sind, können wir konkret planen, Prioritäten setzen und Einschnitte beziehungsweise Einschränkungen vornehmen. Was bleibt, ist über eine zu lange Zeit Ungewissheit und Planungsunsicherheit und das Hoffen auf kluge Entscheidungen unserer Politiker/-innen. Wir wollen so gern mit unseren vielfältigen Erfahrungen, mit der soliden Basis eine umfangreiche vielseitige Arbeit für und mit den Chemnitzer/-innen leisten. Denn was nützt ein schönes, großes Gebäude, wenn es nur teilweise und nur zeitweise ausgelastet ist?

KRAFTWERK

Kraftwerk e.V.
Ute Kiehn, Geschäftsführerin
www.kraftwerk-chemnitz.de

Gleichstellung sichern

Das Frauenzentrum LILA VILLA begeht in diesem Jahr 20-jähriges Jubiläum. Es ist eine Errungenschaft der friedlichen Revolution. Mit der Auflösung der Staatssicherheit wurde auch eines der Gebäude im legendären Kaßberggelände in Chemnitz 1989 von Frauen des Unabhängigen Frauenverbandes und Sympathisantinnen sowie von Frauen der Basisbewegung in Besitz genommen und umgestaltet. Unterstützt von der Bürgerinitiative und dem Runden Tisch wurde im April 1990 der Beschluss zur Gründung als kommunale Einrichtung mit direkter Anbindung an die Gleichstellungsstelle gefasst. Mit Beschluss vom April 1997 wurde das Frauenzentrum LILA VILLA an den landesweit aktiven Verein zur beruflichen Förderung von Frauen in Sachsen e.V. übertragen. Seither profiliert sich das Frauenzentrum qualitativ und quantitativ zu einem genderspezifischen, soziokulturellen Zentrum mit internationaler Ausstrahlung.

Die Aktivitäten und Projekte der LILA VILLA haben zum Ziel, das Gleichberechtigungsgebot gemäß Art 3 II Grundgesetz zu verwirklichen, einen Beitrag zur beruflichen Chancengleichheit und Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsprozess zu leisten, die nichtberufliche Bildung von Frauen und die Entwicklung eines Frauenbewusstseins zu fördern, den politischen Willen von Frauen und Frauengruppen auszudrücken und die Vernetzung von Frauen und Frauengruppen in allen gesellschaftlichen und territorialen Ebenen zu unterstützen. Darüber hinaus ist die LILA VILLA ein wichtiges Kommunikationszentrum und Zentrum für Fraueninitiativen, -vereine und -verbände.

Mit den seit 14 Jahren bestehenden Grundpfeilern Frauenbildung, Frauenkultur, Arbeit von und mit Frauengruppen, Erstberatungen und Weitervermittlung und den hinzu gekommenen Bereichen Frauengesundheit und überregionale Projektarbeit sowie Integration von Frauen aus anderen Kulturkreisen und Machtsystemen, ist das Frauenzentrum seither Heimat, Knotenpunkt, Schmelztiegel, Ideenschmiede und Energiequelle in ihrer bestehenden Vielfalt und Vernetzung. Ziel ihrer Angebote ist es, Frauen und Mädchen mit unterschiedlichen Interessen und mit unterschiedlichem sozialen Status und Herkunft ein eigenes Podium zu gewähren und einen Beitrag zur Überwindung der strukturellen Diskriminierung von Frauen und Mädchen in der Gesellschaft zu leisten. Hier finden Frauen und Mädchen einen Schutzraum, Förderung und Angebote, die sich direkt oder indirekt auf ihre Lebenswelt beziehen. Die Arbeit der Einrichtung ist überparteilich, jedoch immer parteilich für Frauen.

Dabei stand und steht für uns fortwährend im Vordergrund, Frauen der Stadt und des ganzen Regierungsbezirkes anzuregen, zu orientieren, zu befähigen und zu unterstützen, ihren eigenen Lebensweg selbständig,

unabhängig, selbstbestimmt und eigenmächtig zu gestalten. Die Angebote der LILA VILLA umfassen den Auf- und Ausbau der bewussten politischen Teilhabe von Frauen an gesellschaftlichen Prozessen, das Aufzeigen der Notwendigkeiten und Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme und das Erlernen von Fähigkeiten für den politischen Diskurs, die Förderung beim Auf- und Ausbau von Netzwerken und des Erfahrungsaustausches zur gegenseitigen Unterstützung, die Förderung, Stärkung und Aktivierung individueller Stärken und Begabungen, Hilfe beim Finden und Umsetzen der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten, Hilfe zum Bearbeiten persönlicher Schwachpunkte unter besonderer Berücksichtigung der eigenen Berufswege- und Lebensplanung, Anregung zur Hilfe durch Selbsthilfe, die Förderung sozialer Kontakte, Anregung zu höherer Flexibilität und Mobilität als wichtiges Element des Selbstwertgefühls und der Selbstbestimmung sowie der Erhöhung der Chancen auf dem nationalen und europäischen Arbeitsmarkt und die Unterstützung bei einer selbstbewussten Lebensplanung und -gestaltung außerhalb eines angestellten Arbeitsverhältnisses und außerhalb einer geradlinigen Berufsbiografie.

Aufgrund günstiger Bedingungen durch verschiedene Förderstrukturen des Landes Sachsen konnte bis Ende 2009 eine ganz besondere Qualität an Arbeit von Frauen und für Frauen erreicht werden; eine Qualität, die trotz Halbierung des institutionellen Zuschusses der Kommune bis 2005 und damit verbundener Personalreduzierung ihresgleichen sucht.

Die gegenwärtigen Kürzungen des Landes Sachsen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit (die Gleichstellung inbegriffen), verbunden mit dem derzeitigen oder gar generellen Wegfall von unterstützenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und/oder Mehraufwandsentschädigungen haben für den nur mit zwei angestellten Frauen ausgestatteten Etat des Frauenzentrums katastrophale Folgen. Es führt zwangsläufig zu weiterer Personalreduzierung innerhalb der Einrichtung (prekäres Arbeitsverhältnis der Projektkoordinatorin auf 165-Euro-Basis) und somit Wegfall eines wichtigen Teils von Frauenfacharbeit durch eine qualifizierte Kraft. Die verbleibende Leiterin besitzt nicht die Bedingungen, die umfänglichen Arbeitsaufgaben im arbeitsteiligen Prozess zusätzlich zu erledigen, zumal mit dem Wegfall unterstützender Tätigkeiten die gesamte Aufrechterhaltung des Tagesablaufes – vom Reinigen, über Einkaufen, Flyer und Folder verteilen, Post erledigen, den Frauen Kaffee und Tee kochen und veranstaltungsgemäß Umräumen – kaum Zeit zur eigentlichen Arbeit auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene lässt. Dem muss hinzugefügt werden, dass beide Frauen bereits seit vielen Jahren in enorm hohem Maße ehrenamtliche Arbeit für ihre Einrichtung und damit für die Frauen der Stadt und der Umgebung leisten. Eine drastische Reduzierung der Öffnungszeiten mit Wegfall oder Einschränkung an Angeboten ist trotz inhaltlich und zeitlich sehr begrenzter ehrenamtlicher Unterstützung unumgänglich. Ehrenamt

ist nicht planbar und ersetzt keine qualifizierte Frauenfacharbeit. Auch ist die Einrichtung im Fall von Urlaub oder Krankheit der Leiterin nicht offen zu halten.

Die Kürzungen der Landesmittel haben für das Frauenzentrum nicht nur Auswirkungen in der Gleichstellungsarbeit, sondern auch in den Bereichen der Beratungs- und Betreuungsarbeit, in der Selbsthilfegruppenarbeit und in der Integrationsarbeit. Der Bereich der kreativen Bildung, Workshops zur Kulturarbeit, die Arbeitsgruppen „SHG Plötzlich allein“, „Philosophinnen“ und „Fotozirkel“, die Beratung sozial benachteiligter Frauen, von Migrantinnen, von Essstörungen betroffenen Frauen, von Frauen mit psychischen Problemen sowie die Beratung von Frauen bei der Lebenswegorientierung fallen aufgrund der finanziellen Einschnitte ganz weg. Zahlreiche Angebote können nur noch reduziert angeboten und durchgeführt werden, beispielsweise die interkulturelle und körperorientierte Bildung, Persönlichkeitsbildung, Ausstellungen und Lesungen im Rahmen der Kulturarbeit, die interkulturelle Gruppenarbeit, Selbsthilfegruppen oder auch Vorträge und Kurse zur Gesundheit sowie das Irmtraud-Morgner-Projekt.

LILA VILLA

Iris Tätzel-Machute, Leiterin
www.lila-villa.com

Selbsthilfe hilft jedem

Selbsthilfe ist eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements, bei der Menschen, die von einer gesundheitlichen oder sozialen Beeinträchtigung betroffen sind, basierend auf den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe und einer "überschaubaren" Solidarität, tätig sind. Das Engagement in Selbsthilfegruppen und Initiativen umfasst damit die Motive der "Hilfe für sich selbst und andere".

Die Selbsthilfe ist natürlicher Bestandteil eines jeden Änderungsprozesses im physischen und psychosozialen Sinne. Insofern muss es neben professionellen Hilfen auch immer Selbsthilfeangebote geben, um Einzelne zum mündigen Umgang mit den eigenen Problemen zu befähigen. In Chemnitz engagieren sich schätzungsweise 7.000 Bürger/-innen in ca. 200 Selbsthilfegruppen, an deren Aufbau und Unterstützung die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe (KISS) maßgeblich beteiligt war. Selbsthilfegruppen arbeiten in den Bereichen Behinderung und chronisch Kranke, psychische Probleme/Erkrankungen, Sucht, Frauenselbsthilfe, Männerselbsthilfe, Familie/Partnerschaft, Altersselbsthilfe, Kinder- und Jugendinitiativen, Gesundheitsförderung, Selbsthilfe in sozialen Notlagen sowie Soziokultur. Der Selbsthilfegedanke wird in der Bevölkerung immer bekannter. Einer Umfrage der DAK zu Folge sind 2% der Bevölkerung, das sind 2 Millionen Bundesbürger/-innen, zurzeit in Selbsthilfegruppen aktiv und 76% würden sich bei Bedarf an Selbsthilfegruppen wenden.

Die Kontaktstelle ist der einzige Anlauf- und Koordinierungspunkt für alle Selbsthilfeaktivitäten in Chemnitz und Umgebung. Sie motiviert und unterstützt Eigenverantwortung im Sinne von Empowerment. Sie gibt detailliert Auskunft über Selbsthilfemöglichkeiten, vermittelt gezielt an entsprechende Angebote, fördert die Handlungs- und Eigenkompetenz und leitet zur Selbsthilfegruppenarbeit an. Als Schaltstelle zwischen Selbsthilfe-Aktiven und dem professionellen Umfeld (zum Beispiel Organisationen, Ämter, Beratungsstellen, Krankenkassen, Ärzte) fungiert sie als Interessenvertreterin und wirkt vermittelnd. Darüber hinaus ist die KISS bestrebt die Selbsthilfeförderung auf kommunaler und landesweiter Ebene weiterzuentwickeln.

Die Förderung der KISS erfolgt als Gemeinschaftsförderung der öffentlichen Hand und der Krankenkassen, wobei sich das Land Sachsen schon im Jahr 2000 aus der Förderung verabschiedet hat.

Die Förderung von Selbsthilfegruppen erfolgt durch die Kommune gekoppelt mit Zuschüssen des Freistaates Sachsen (bisher über die Förderrichtlinie, FöRL, Soziale Arbeit, Abschnitt D Förderung der Selbsthilfegruppen).

Bereits im Jahr 2010 betrug der gekürzte Ansatz noch 140.000 €, was im Vergleich zum Jahr 2009 bereits eine Kürzung von ca. 20% (196.000 €) bedeutete. Nun sehen wir, dass der Freistaat Sachsen einen Programmwegfall plant. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Selbsthilfegruppenförderung auf Null gesetzt wird. Selbsthilfe wurde immer solidarisch und subsidiär finanziert. Die Förderung nach dem SGB V und VI fördert zudem nur die gesundheitsbezogene Selbsthilfe, nicht aber die soziale Selbsthilfe. Mit dem Wegfall der Zuweisungen des Freistaates an die Kommunen beziehungsweise kreisfreien Städte über die FöRL Soziale Arbeit riskiert der Freistaat Sachsen den Wegfall zahlreicher Angebote in diesem Bereich und verschiebt die finanzielle Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Selbsthilfeangeboten an die Kommunen, die ihre Förderung vor Ort nach wie vor aufrechterhalten. Wir befürchten, dass die Kommunen diesen Anteil allein nicht kompensieren können.

Selbsthilfe passiert nicht von selbst. Sie braucht Anregung und Unterstützung. Eine Grundförderung für laufende Kosten, wie Miete für regelmäßige Gruppentreffen, Öffentlichkeitsarbeit und organisatorischen Aufwand sowie Fortbildung, muss gewährleistet werden, damit die kontinuierliche, ehrenamtlich geleistete Arbeit aufrecht erhalten werden kann.

Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe
Susann-C. Koch, Koordinatorin und Sprecherin der LAG Selbsthilfekontaktstellen
www.kiss.stadtmission-chemnitz.de

Konsequenzen der Kürzungen für freiwilliges Engagement

Zahlreiche Städte haben es vorgemacht: eine Stadt braucht engagierte Bürger/-innen, die etwas bewegen und verbessern wollen. Ein richtiger Schritt ist es, eine Bürgerstiftung zu gründen, die ideell und finanziell dort unterstützt, wo es sinn- und wirkungsvoll ist.

„Gemeinsam für unsere Stadt“ ist das Leitbild der Bürgerstiftung für Chemnitz. Wir wollen die Entwicklung der Stadt unterstützen und dauerhaft mitgestalten. Denn nur eine funktionierende Gemeinschaft macht eine Stadt liebens- und lebenswert.

Zweck der Bürgerstiftung ist die Förderung bürgerschaftlichen Engagements sowie dessen Anerkennung und Würdigung. Deshalb versteht sich die Bürgerstiftung für Chemnitz als Interessenvertretung aller Vereine, Organisationen und Initiativen, in denen sich Chemnitzerinnen und Chemnitzer freiwillig engagieren.

Zusammen mit Chemnitzer Bürger/-innen sowie Freund/-innen der Stadt Chemnitz möchte die Bürgerstiftung für Chemnitz finanzielle Reserven zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements schaffen. Die Bürgerstiftung für Chemnitz weiß, wo der (finanzielle) Schuh drückt, der Vereine und Initiativen hindert, sofort und uneingeschränkt agieren zu können, um Chemnitz attraktiver zu machen.

Wir fördern Projekte aus den Bereichen Soziales, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Jugend- und Altenhilfe sowie Landschafts-, Natur- und Umweltschutz, die in die Zukunft gerichtet sind und bürgerschaftliches Engagement in den Mittelpunkt stellen. Alle Projekte werden aus den Erträgen des Stiftungskapitals finanziert; das heißt, das eingezahlte Stiftungskapital bleibt dauerhaft erhalten.

Die Bürgerstiftung betreibt eine ausgeprägte Öffentlichkeits- und Projektarbeit, um dadurch allen Bürgerinnen und Bürgern Beteiligung zu ermöglichen. Wir arbeiten überparteilich und transparent und sind offen für alle demokratischen Kreise der Bevölkerung. Unbürokratisch und professionell verbinden wir Menschen, die Hilfe brauchen, mit Menschen, die helfen wollen. Die Pläne der Landesregierung des Freistaat Sachsen, Fördermittel für das Engagement der sächsischen Bürger/-innen zu reduzieren, macht unsere Arbeit umso wichtiger.

Im Rahmen des Förderprogramms „Wir für Sachsen“ sollen die Aufwandsentschädigungen für Engagierte um 2 Millionen € gekürzt werden. Dieses Vorhaben steht gerade vor dem Hintergrund, dass das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligen“ ausgerufen wurde, in Widerspruch zur angestrebten Entwicklung, bürgerschaftliches Engagement weiter und vor allem stärker zu fördern.

Gerade Ministerpräsident Stanislaw Tillich betont bei vielfältiger Gelegenheit die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements, wie zum Beispiel in seiner Festrede bei der Verleihung des Erich-Glowatzky-Preises 2010 in Dresden am 23. März. Er lobte das Engagement der Sachsen und vor allem das der Jugendlichen als Bereicherung für die Gesellschaft. Gleichzeitig werden die Mittel für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) um 50% gekürzt.

Den Widerspruch zwischen der Forderung nach dem aktiven Bürger auf der einen und dem Abbau der Unterstützung auf der anderen Seite spiegelt die momentane Politik der Landesregierung wider. Von den Kürzungen bei Aufwandsentschädigungen wären in Sachsen etwa 3.700 Einrichtungen und 22.000 Helfer/-innen betroffen, die bisher jährlich bis zu 340 € Aufwandsentschädigung erhielten.

Die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur eine Anerkennung für geleistete Dienste. Sie ist auch wichtig, um den freiwillig Engagierten entstandene Auslagen wie Fahrt- und Telefonkosten ausgleichen zu können. Ehrenamtliche geben schon ihre Zeit, sie sollten nicht noch finanziell drauflegen müssen.

Fällt die Kürzung des Förderprogramms „Wir für Sachsen“ in einem so großen Maße wie geplant aus, werden viele Vereine, Einrichtungen und Organisationen ihre Dienste und Angebote für die Bürger/-innen Sachsens nicht mehr in vollem Umfang anbieten können. Viele Vereine und Organisationen sind zusätzlich von kommunalen Kürzungen betroffen und haben keine finanziellen Ressourcen, um selbst Entschädigungen zu zahlen. Doch ohne Aufwandsentschädigung ist die Ausübung eines Ehrenamts für viele Engagierte schlichtweg nicht mehr finanzierbar beziehungsweise verliert an Attraktivität.

Ein Beispiel dafür ist der Verein Regionale Arbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte in Chemnitz und Umgebung (RAGH e.V.), der das „Haus der Begegnung“ seit fast 20 Jahren betreibt. Viele der 25 Ehrenamtlichen, die hier tätig sind, sind erwerbsunfähig oder Langzeitarbeitslose mit bekanntermaßen sehr geringem Einkommen. Wenn sie von der Kürzung der Aufwandsentschädigung betroffen wären, könnten sie sich nicht mehr engagieren, denn vielen fehlt es dann einfach an den finanziellen Mitteln für einen Busfahrschein, um ihre Einsatzstelle zu erreichen.

Jedoch gerade Arbeitslose profitieren in hohem Maße von ihrer freiwilligen Tätigkeit für Chemnitzer Vereine und Organisationen. Für einige arbeitslose Engagierte ergibt sich sogar die Chance auf eine Anstellung. Doch alle Freiwilligen engagieren sich in dem Bewusstsein, sie können etwas beitragen, sich ausprobieren und positive Erfahrungen machen. Zudem steigert die soziale Anerkennung das Selbstvertrauen.

Wir sind uns bewusst, dass ein Programm wie „Wir für Sachsen“ bundesweit einmalig ist. Da wir die Vorreiterrolle Sachsens sehr begrüßen, setzen wir uns für den Erhalt des Förderprogramms im bisherigen Umfang ein und fordern daher die sächsische Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen nicht umzusetzen und sich an den Koalitionsvertrag zwischen den regierenden Parteien CDU und FDP über die Bildung der Staatsregierung für die 5. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages zu halten. Dieser besagt unter anderem: „Ehrenamtliches Engagement ist eine Grundlage für ein soziales Miteinander. (...) Die Potenziale für bürgerschaftliches Engagement wollen wir noch besser erschließen. (...) Wir werden bürgerschaftliches Engagement aller Generationen fördern.“ Doch was passiert mit den Menschen, die sich bürgerschaftliches Engagement nicht mehr leisten können?

Bürgerstiftung für Chemnitz
Anja Poller, Projektleitung
www.buergerstiftung-fuer-chemnitz.de

Helfen oder hassen?

„Ich bin Maxe, bin 48 Jahre alt und Alkoholiker. Sicher werden Sie fragen, warum das so ist und was ich dagegen tun kann? Also, das ist eine lange Geschichte und alles kann ich hier nicht erzählen, aber es gab in meinem Leben einige wichtige Ereignisse:

Schon als Kind habe ich mich immer unverstanden gefühlt, von meinem Vater, den Lehrern. Am schlimmsten war das dann bei der Armee. Da war ich dann sogar richtig krank geworden und war auch mal in der ‚Klapse'.

Weil ich schon immer das ‚Schwarze Schaf' war, habe ich als Kind nicht mehr gelernt und hatte mehr Ferien als die anderen Kinder, denn ich habe die Schule geschwänzt. Meine Lehrausbildung habe ich auch nicht beendet, weil ich vor Prüfungen immer Angst hatte, und weil ich ja sowieso versage, bin ich einfach nicht mehr hingegangen oder habe mir einen Krankenschein geholt. Eine Prüfung hatte ich dann später doch bestanden, die Fahrprüfung. Allerdings habe ich meinen Führerschein später in einer Kontrolle verloren, wegen der 1,9 Promille.

In der Zeit bis zur Wende habe ich als Hilfsarbeiter auf dem Bau gearbeitet. Für mich war in dieser Zeit das Leben nur noch mit Alkohol einigermaßen erträglich, weil, wenn ich getrunken hatte, waren meine unerklärlichen Selbstzweifel und Ängste erträglich. Die Stimme im Kopf war nicht mehr so laut und klang beinahe versöhnt.

Seit 1994 bin ich nun arbeitslos, von 1996 bis 2000 war ich außerdem wohnungslos. Das war eine schlimme Zeit. Ich habe damals wirklich geglaubt, dass mich alle verfolgen. Besonders die Frauen auf den Ämtern, schon ihre Blicke machten mir Angst und so habe ich alles verloren, meinen ganzen Besitz und das Vertrauen. Besser wurde es erst, als ich im DACH, das war ein ‚Wohnungslosen-Tagestreff' in Chemnitz (den hammse schon lange zugemacht), eine Sozialarbeiterin vom MSHD (Anm. der Redaktion: Mobiler Sozialer Hilfsdienst) in der Bernsdorfer Straße 33 in Chemnitz, kennen gelernt habe. Die hat mir geholfen. Die ist mit mir richtig zu den Ämtern mitgelaufen und hat für mich gesprochen, denn mir fehlen oftmals die Worte. Besonders wichtig wurde für mich, dass ich dann bei diesem MSHD, im ‚Café Bleifrei' Menschen getroffen habe, denen es so geht wie mir. Im Café ist Alkoholverbot und seit ich regelmäßig meine Medizin einnehme, geht es mir auch besser und ich kann längere Zeit auf Alkohol verzichten. Die Langzeittherapien habe ich nämlich nicht ausgehalten und musste immer abbrechen. Es war ein langer Weg bis ich verstanden habe, dass ich krank bin. Eine Wohnung habe ich nun schon seit neun Jahren wieder und eigentlich habe ich Hoffnung, dass alles noch gut werden könnte."

Der MSHD ist der einzige Dienst in Chemnitz, der Hilfen für chronisch alkoholabhängige Menschen wie Maxe anbietet. Hier werden ambulante Hilfen durch Hausbesuche, Begleitung und Vermittlung gewährleistet. Der MSHD wartet nicht auf Hilfesuchende, sondern geht Menschen nach und wird da tätig, wo andere Hilfen versagen. Dieser Dienst gehört zum VIP Chemnitz, dem Verein zur Integration Psychosozial Behinderter Menschen Chemnitz e.V.

Kürzungen in der geplanten Höhe gefährden die weitere Tätigkeit dieses Dienstes enorm. Die Reduzierungen bedeuten in erster Linie für die betroffenen Menschen den Verlust ihrer Chancen zur Heilung und für unsere Gesellschaft steigende Kosten bei vielen medizinischen Hilfen, Suizide und steigende Kriminalität.

Bitte bedenken Sie, Alkoholiker und psychisch Kranke sind nicht so, sie wurden so.

VIP e.V.
Günter Hofmann, Vorstandsmitglied
www.vip-ev.de

Nicht mit der Tradition des Wohlfahrtsstaates brechen

Die Arbeiterwohlfahrt Chemnitz und Umgebung e.V. ist ein Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege mit einem breit gefächertem Hilfs-, Betreuungs- und Beratungsangebot. Der massive Wegfall von Landesförderungen hat auch auf unsere Leistungsangebote in der Stadt Chemnitz erhebliche Auswirkungen.

Die Beratungsstelle für Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige ist eine Anlaufstelle für all diejenigen, die aus der Haft entlassen sind beziehungsweise in nächster Zeit entlassen werden. Beim Schritt in die wieder gewonnene Freiheit stellen sich viele Fragen und Probleme, für die in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle Lösungen gesucht werden. So fragen sich zum Beispiel Haftentlassene: „Wo werde ich wohnen? Wo kann ich arbeiten? Und wie finde ich überhaupt Arbeit?“ Gleichzeitig werden auch Angehörige des Inhaftierten und/oder des Haftentlassenen unterstützt und beraten.

In unserem Leistungsangebot der Beratungsstelle für Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige haben wir zum Teil Fördergelder über das sächsische Justizministerium erhalten. Da diese Förderung eingestellt wurde, ist bis 2009 das Sozialamt Chemnitz eingesprungen, die entstandene finanzielle Lücke zu schließen. Doch auch das ist seit 2010 nicht mehr der Fall. Wir bleiben auf dem Defizit sitzen und damit nicht genug: Das Sozialamt Chemnitz kürzt die Zuschüsse ab 2011 voraussichtlich um 70%. Damit ist die Existenz der Beratungsstelle erheblich gefährdet. Viele Haftentlassene wären dadurch beim Schritt in die Freiheit auf sich allein gestellt. Ein Rückfall in alte Lebensgewohnheiten, sogar in die Straffälligkeit ist mitunter nicht auszuschließen, suchen doch Einige nach der Entlassung oft bei falschen Freunden Hilfe.

Statistische Erhebungen belegen, dass die Inhaftiertenzahlen bezogen auf die Einwohner/-innen in Chemnitz entgegen dem sächsischen Trend angestiegen sind. Insofern sind diese Kürzungen nicht begründbar. Ohne diese Angebote können den Haftentlassenen keine Hilfen bei der richtigen Einschätzung ihrer bisherigen Entwicklung gegeben werden, um Maßstäbe und Ziele für das weitere Leben zu setzen und den Prozess, sich aus dem bisherigen Umfeld zu lösen und ein eigenständiges, erfülltes Leben ohne Rückfälle zu gestalten, zu unterstützen.

Weitere Kürzungen des Freistaates Sachsen betreffen die Förderung der FSJ-Stellen für den gesamten AWO-Landesverband sowie die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich und freiwillig Tätige. Bis 2009/2010 wurden 70 der 175 FSJ-Stellen des AWO-Landesverbands Sachsen durch das Land gefördert. Das entspricht einem Anteil von 40%. Für 2010/2011 ist die

Anzahl geförderter Stellen hingegen auf 10 geschrumpft! Das bedeutet eine Kürzung von 85% in diesem Bereich. Zwar sind für 2010/2011 alle offenen FSJ-Stellen besetzt worden, fraglich ist jedoch, ob dies für den Kreisverband auch im kommenden Jahr (beziehungsweise in den kommenden Jahren) noch finanziell tragbar sein wird. Da in vielen Einrichtungen (Kitas, Pflegeheime, Sozialstationen, Betreutes Wohnen) des Kreisverbands Chemnitz FSJ-Teilnehmer zum Einsatz kommen, lässt sich ein derart hoher Aus- und Wegfall an Freiwilligen nur schwer kompensieren.

Hinsichtlich der Förderung des Ehrenamts wurden dem Kreisverband für 2010 auf der Regionalbeiratssitzung des Förderprogramms „Wir für Sachsen“ zwölf von 27 beantragten ehrenamtlichen Helfern abgelehnt. Zu den acht betroffenen Einrichtungen, in denen die Freiwilligen vorrangig tätig sind, zählen Seniorenpflegeheime sowie Kindertagesstätten. Zum Vergleich: Noch für das vergangene Jahr wurde die Förderung für 27 ehrenamtliche Helfer in 15 Einrichtungen bewilligt. Die rückläufige Unterstützung des Landes für ehrenamtliche Tätigkeiten führt im Gegenzug wiederum zu einer stärkeren Belastung des Kreisverbands der Arbeiterwohlfahrt. Diese Entwicklung steht zudem in einem deutlichen Gegensatz zum allerorten in der Öffentlichkeit gefordertem ehrenamtlichen Engagement.

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Chemnitz und Umgebung e.V.
Jürgen Tautz, Geschäftsführer
www.awo-chemnitz.de

Über die Herausgeberinnen

Hanka Kliese, Jahrgang 1980, Politik- und Erziehungswissenschaftlerin, seit 2009 Mitglied im Sächsischen Landtag

Sabine Sieble, Jahrgang 1980, Politikwissenschaftlerin, seit 2009 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro „politik.offen“ von Hanka Kliese (MdL)

Peggy Szymenderski, Jahrgang 1978, Soziologin, Doktorandin an der TU Chemnitz und Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung, seit 2009 Mitglied im Stadtrat Chemnitz

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF),
Dresdner Straße 38, 09130 Chemnitz